



NACHHALTIG INVESTIEREN



DER CO₂-PREIS

SEITE 04

DISKUSSION:
KLIMAPOLITIK UND
CO₂-BEPREISUNG

SEITE 12

UNTERNEHMENSSTIMMEN
ZUM THEMA CO₂-BEPREISUNG

SEITE 20

INHALT

03	EDITORIAL
04	LEITARTIKEL
04	DER CO ₂ -PREIS
10	SPEZIAL
10	EUROPÄISCHER EMISSIONSHANDEL? WAS IST DAS?
10	RESEARCH
12	DISKUSSION: KLIMAPOLITIK UND CO ₂ -BEPREISUNG
18	INFO BOX: SDG 17
20	UNTERNEHMENSSTIMMEN ZUM THEMA CO ₂ -BEPREISUNG
24	UNTERNEHMEN IM FOKUS
28	INSIDE
28	CORPORATE VOLUNTEERING AM LICHTBLICKHOF
30	NACHHALTIGE FONDS
31	RAIFFEISEN-ESG-SCORE

IMPRESSUM

Medieninhaber: Zentrale Raiffeisen Werbung
1030 Wien, Am Stadtpark
Herausgeber, erstellt von: Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
Mooslackengasse 12, 1190 Wien
Für den Inhalt verantwortlich: Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
Mooslackengasse 12, 1190 Wien
Hersteller: Druckerei Odysseus-Stavros Vrachoritis Ges.m.b.H.,
2325 Himberg
Verlagsort: Wien
Herstellungsort: Himberg

www.investment-zukunft.at
www.rcm.at/nachhaltigkeit
Newsletter-Registrierung unter newsletter.rcm.at

Grundlegende inhaltliche Richtung: Informationen zu den Themenbereichen Investmentfonds, Wertpapiere, Kapitalmärkte und Veranlagung; zusätzliche Angaben nach dem österreichischen Medien-gesetz entnehmen Sie bitte dem Impressum auf www.rcm.at.

Projektkoordination: Mag.^a Irene Fragner; Mag.^a Sabine Macha
Autoren: Mag. Wolfgang Pinner, Mag. Alexander Toth,
Mag.^a Pia Oberhauser; Herbert Perus
Fotos: iStockphoto (S. 09, S. 14, S. 26),
WU Wien, Pia Morpurgo, H. Ringhofer; Verbund (S. 12, S. 14),
Raiffeisen KAG (S. 03, S. 05, S. 11, S. 12, S. 20, S. 29)
Grafik-Design: [WORX] Multimedia Consulting GmbH
Lektorat: Mag. Josef Weilguni

Redaktionsschluss: 15. Dezember 2021

Das ist eine Marketingmitteilung der
Raiffeisen Kapitalanlage GmbH.

Raiffeisen Capital Management ist die Dachmarke der Unternehmen:
Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
Raiffeisen Immobilien Kapitalanlage GmbH
Raiffeisen Salzburg Invest GmbH

Rechtlicher Hinweis
Veranlagungen in Fonds sind mit höheren Risiken verbunden, bis hin zu Kapitalverlusten. Die vorliegende Information wurde erstellt und gestaltet von der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m. b. H., Wien, Österreich („Raiffeisen Capital Management“ bzw. „Raiffeisen KAG“). Die darin enthaltenen Angaben dienen, trotz sorgfältiger Recherchen, lediglich der unverbindlichen Information, basieren auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen zum Zeitpunkt der Ausarbeitung und können jederzeit von der Raiffeisen KAG ohne weitere Benachrichtigung geändert werden. Jegliche Haftung der Raiffeisen KAG im Zusammenhang mit dieser Unterlage, insbesondere betreffend Aktualität, Richtigkeit oder Vollständigkeit, ist ausgeschlossen. Ebenso stellen allfällige Prognosen bzw. Simulationen einer früheren Wertentwicklung in dieser Information keinen verlässlichen Indikator für künftige Wertentwicklungen dar.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder ein Angebot, eine Kauf- oder Verkaufsempfehlung noch eine Anlageanalyse dar. Sie dienen insbesondere nicht dazu, eine individuelle Anlage- oder sonstige Beratung zu ersetzen. Sollten Sie Interesse an einem konkreten Produkt haben, stehen wir Ihnen gerne neben Ihrem Bankbetreuer zur Verfügung. Ihnen vor einem allfälligen Erwerb den Prospekt bzw. die Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG zur Information zu übermitteln. Jede konkrete Veranlagung sollte erst nach einem Beratungsgespräch und der Besprechung bzw. Durchsicht des Prospektes bzw. der Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG erfolgen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Wertpapiergeschäfte zum Teil hohe Risiken in sich bergen und die steuerliche Behandlung von den persönlichen Verhältnissen abhängt und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Textteilen oder Bildmaterial aus dieser Unterlage, bedarf der vorherigen Zustimmung der Raiffeisen Kapitalanlage GmbH.



EDITORIAL



Mag. (FH) Dieter Aigner
Geschäftsführer der Raiffeisen KAG,
zuständig für Fondsmanagement
und Nachhaltigkeit

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bepreisung von CO₂ gilt als eines der effektivsten Mittel, um schädliche Treibhausgas-Emissionen zu senken und die Erderwärmung zu begrenzen. Auch wenn CO₂ (Kohlenstoffdioxid) nicht das einzige Treibhausgas ist – Methan und Ozon sind weitere –, so ist CO₂ doch für mehr als die Hälfte des vom Menschen verursachten Treibhauseffekts verantwortlich. Mit der Bepreisung dieses schädlichen Gases erhält CO₂ nun einen Handelswert, der positive Lenkungseffekte möglich macht. In der Kritik steht daher weniger die Einführung dieses Klimaschutz-Instruments als vielmehr der Wert, mit dem eine Tonne CO₂-Emission bemessen wird. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisieren, dass der CO₂-Preis vor allem in den Industriestaaten meist viel zu niedrig angesetzt sei und daher keine Lenkungseffekte bringe. Auch der von der österreichischen Regierung ab Juli 2022 gesetzlich vorgeschriebene Einstiegspreis von 30 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent (der

Jahr für Jahr bis Ende 2025 auf 55 Euro pro Tonne steigen und danach den freien Kräften des Marktes unterliegen soll) sei viel zu niedrig bemessen, um einen wirksamen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen zu leisten. Während die einen enttäuscht von der Ambitionslosigkeit der CO₂-Bepreisung sind, freuen sich die anderen, dass man diesen Preis überhaupt erstmals nach vielen Jahren der Diskussion auf die Straße gebracht hat.

Das Thema Klimaschutz ist somit definitiv in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Vor allem junge Menschen sehen ihre Lebensgrundlagen und die von künftigen Generationen in Gefahr. Der politische Handlungsdruck steigt und somit auch die Chancen, endlich entsprechende Veränderungen herbeizuführen.

Auf der anderen Seite bewirkt gerade dieser Druck, dass nun auch wieder die Produktion von Atomstrom als vermeintlich bessere Alternative in Hinblick auf CO₂-Emissionen

im Kampf gegen die Klimakrise in den Fokus vieler Diskussionen rückt. Doch klar ist, dass Kernkraftwerke alles andere als nachhaltig sind. Abgesehen davon, dass die hohen Kosten beim Bau, im Betrieb und in der Erhaltung nicht wirtschaftlich sind und hohe – auch terroristische – Risiken mit Nuklearkraft verbunden sind, beträgt die Halbwertszeit ihrer radioaktiven Abfallprodukte mehrere 10.000 Jahre. Abfallprodukte, die – nebenbei erwähnt – auch niemand will.

Wie so oft, wenn es um Nachhaltigkeit geht, wird sich für die Zukunft lohnen, die Extrameile zu gehen. Die Energiegewinnung durch Sonne, Wind und Wasser ist im Vergleich sicherlich kleinteiliger und möglicherweise braucht es größere Anstrengungen, um ans Ziel zu kommen. Sicherlich braucht es auch technische Innovationen und Investorinnen und Investoren, die das finanzieren. Die Potenziale sind da. Und die Vorteile sprechen für sich. Die CO₂-Bepreisung tut hoffentlich ein Übriges.

17 PARTNER- SCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



Mehr über das nachhaltige Entwicklungsziel SDG 17 auf den Seiten 18–19 und unter www.investment-zukunft.at/kategorie/sustainable-development-goals/

DER CO₂-PREIS – UNVERZICHTBARES MITTEL IM KAMPF GEGEN

Die sich immer schneller verschärfende Klimakrise hat weltweit enorme ökonomische, soziale und ökologische Schäden zur Folge. Die Verursacher oder Emittenten von Treibhausgasen werden in der Regel nicht für die Beseitigung dieser Schäden herangezogen. Eine Bepreisung von CO₂ und anderen Treibhausgasen kann – richtig angesetzt – einen erheblichen Lenkungseffekt zur Reduktion der Emissionen entfalten.

Der sogenannte CO₂-Preis ist ein für Emissionen von Kohlenstoffdioxid zu entrichtender Preis mit dem Ziel, externe und damit für die Gesellschaft insgesamt entstehende Kosten der Kohlendioxidfreisetzung dem Verursacher zuzurechnen (zu internalisieren). Damit werden die Risiken der globalen Erderwärmung zumindest teilweise berechenbar gemacht. Nicht vergessen werden darf, dass neben dem Thema Treibhausgasen auch noch eine Vielzahl anderer, derzeit externalisierter Kosten im Zusammenhang mit Energieproduktion existieren, z. B. Umweltzerstörung und -verschmutzung durch Nuklearenergie.

Während im Zusammenhang mit dem Thema Treibhausgasen oft vereinfacht von CO₂-Emissionen die Rede ist, ist tatsächlich eine ganze Reihe von langlebigen Treibhausgasen in Berechnungen miteinzubeziehen, unter anderem Methan und Lachgas. Diese Gase weisen ein unterschiedliches Treibhausgaspotenzial oder CO₂-Äquivalent auf. Darunter versteht man den relativen Beitrag zum Treibhausseffekt, also wie viel ein Treibhausgas im Vergleich zur entsprechenden Menge

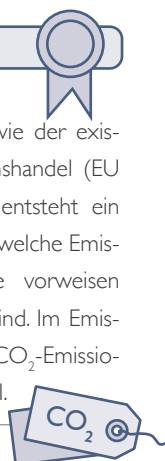
CO₂ zur globalen Erwärmung beiträgt. Das CO₂-Äquivalent beträgt beispielsweise für Methan 21, was bedeutet, dass ein Kilogramm Methan innerhalb der ersten 100 Jahre nach Freisetzung 21-mal so stark zum Treibhausgaseffekt beiträgt wie ein Kilogramm CO₂.

MODELLE DER CO₂-BEPREISUNG

Es gibt prinzipiell zwei Möglichkeiten einer Ausgestaltung von CO₂-Preisen:

Die erste Möglichkeit stellt ein **Zertifikatehandel** wie der existierende europäische Emissionshandel (EU ETS) dar. In diesem System entsteht ein CO₂-Preis, weil Unternehmen, welche Emissionen ausstoßen, Zertifikate vorweisen müssen und diese handelbar sind. Im Emissionshandel ist die Menge der CO₂-Emissionen begrenzt, der Preis variabel.

Die Alternative ist die direkte Festsetzung eines Preises. Möglichkeiten hierfür sind eine **CO₂-Steuer oder CO₂-Abgabe**.





Mag. Wolfgang Pinner
Leiter Corporate Responsibility
bei der Raiffeisen KAG

DIE KLIMAKRISE

Mit der Einführung eines CO₂-Preises können CO₂-Emissionen tatsächlich reduziert werden. Höhere Preise für klimaschädliche Güter führen zu einer geringeren Nachfrage oder zu einer sparsameren Verwendung. Alternativen wie die Entwicklung neuer, emissionsarmer und klimafreundlicher Produkte werden wirtschaftlicher. Mittels einer CO₂-Bepreisung setzt Klimaschutz dort an, wo er am kostengünstigsten ist. Der Lenkungseffekt erfolgt über die Emissionsmenge oder den Emissionspreis. Die Alternative und in manchen Fällen als ergänzende Maßnahmen geeignet sind ordnungsrechtliche Maßnahmen wie ein Kohleausstieg oder Verbote von besonders klimaschädlichen Produkten. Der CO₂-Preis basiert auf dem Verursacherprinzip – wer einen Schaden verursacht, der sollte auch dafür aufkommen.

Im übertragenen Sinn ist er eine „Abfallgebühr“ für das Deponieren von Treibhausgasen in der „atmosphärischen Müllhalde“. Einerseits werden Unternehmen dazu motiviert, emissionsärmer zu produzieren bzw. Produkte oder Wohnraum mit höherer Energieeffizienz auf den Markt zu bringen, andererseits werden Verbraucherinnen und Verbraucher in die Verantwortung genommen und zu Verhaltensänderungen angeregt.

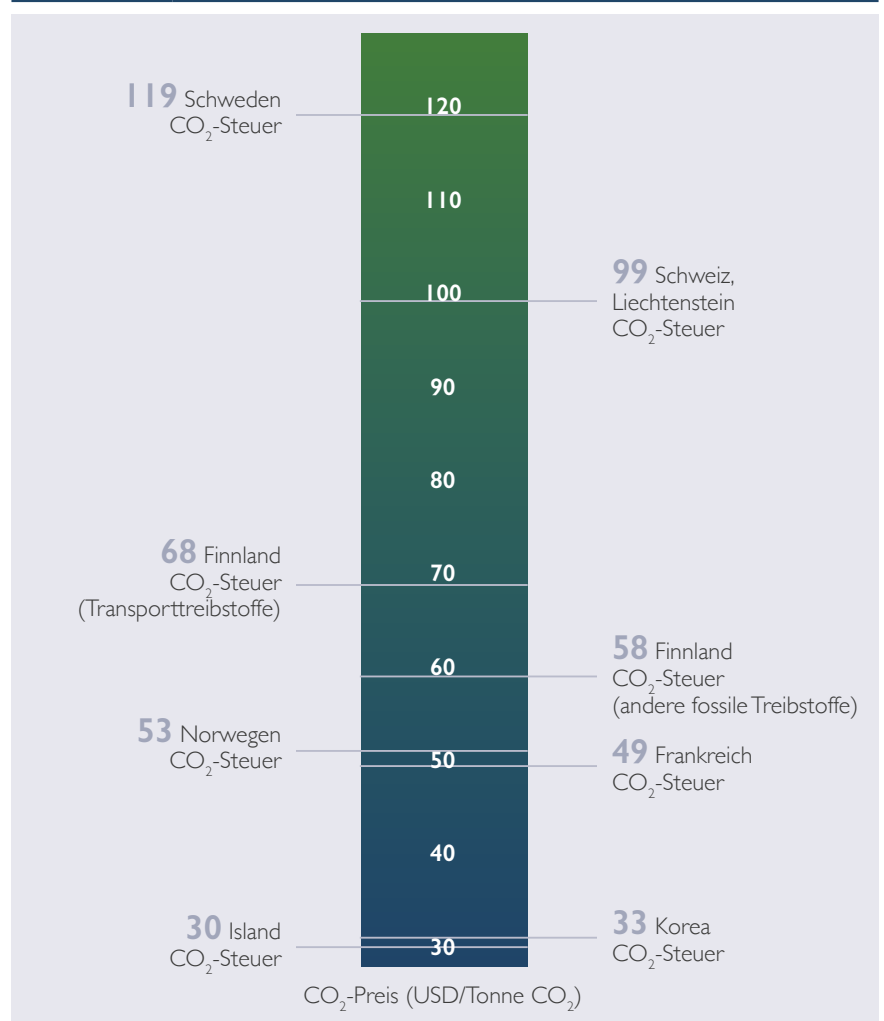
Was die Höhe des CO₂-Preises betrifft, so bieten Einschätzungen der gesellschaftlichen Kosten von CO₂-Emissionen eine Orientierungshilfe. Das deutsche Umweltbundesamt schätzt aktuell, dass eine in Deutschland ausgestoßene Tonne CO₂ etwa 180 Euro (rund 205 US-Dollar) an Schäden für Mensch und Umwelt verur-

sacht. Höhere Bepreisungen beruhen auf neuen empirischen Einsichten zu wirtschaftlichen Produktivitätsverlusten bei hohen Temperaturen und auf robusteren Modellen zur Einschätzung, wie hoch CO₂-Preise sein müssten, um einen globalen Temperaturanstieg unter der Marke von 1,5 Grad zu halten.

Auf globaler Ebene gibt es bereits eine Vielzahl von CO₂-Preisen. Gemäß dem jährlich erscheinenden Weltbank-Bericht „State and Trends of Carbon Pricing“ waren 2020 weltweit 61 Systeme einer CO₂-Bepreisung in Kraft oder vor ihrer Einführung. 31 Emissionshandelssysteme standen 30 CO₂-Steuer-Modelle gegenüber. Betroffen sind unterschiedliche Regionen wie Chile, Kalifornien, Neuseeland, Norwegen, Südkorea und Südafrika. Mittlerweile hebt auch eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten CO₂-Steuern ein. Ihre Höhe bewegt sich nach Zahlen der Weltbank zwischen zwölf Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent in Lettland und 118 Euro in Schweden. In vielen Ländern existieren direkte Steuern oder andere Formen von Abgaben auf den Ausstoß von Treibhausgasen sowie Steuern auf die Nutzung von Kraft- und Brennstoffen, die oft nach den Emissionen beim Verbrauch eines Liters respektive einer Tonne Kraft- oder Brennstoff bemessen werden. Zusammenge-rechnet decken diese CO₂-Preise aber lediglich rund 20 % der globalen Emissionen ab. Darüber hinaus ist die Höhe der Preise meist zu niedrig, um eine angemessene Wirkung entfalten zu können. Auf der anderen Seite werden fossile Energieträger in vielen Ländern und Regionen noch stark subventioniert. »

DER CO₂-PREIS – UNVERZICHT- BARES MITTEL IM KAMPF GEGEN DIE KLIMAKRISE

Grafik: Implementierte CO₂-Preismodelle (ab USD 30/Tonne CO₂) per April 2020



Quelle: World Bank. 2020. State and Trends of Carbon Pricing 2020. Washington, DC: World Bank. © World Bank. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/33809> License: CC BY 3.0 IGO. Disclaimer: This is an adaption of an original work by The World Bank. Responsibilities for the views and opinions expressed in the adaption rests solely with Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H. and are not endorsed by The World Bank.



SOZIALE GERECHTIGKEIT

Ohne Abfederungsmaßnahmen belastet ein CO₂-Preis Haushalte mit niedrigen Einkommen überdurchschnittlich. Im Rahmen der Einführung eines CO₂-Preises gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie dieser Preis zumindest verteilungsneutral oder sogar zum Vorteil von Haushalten mit niedrigen Einkommen ausfallen könnte. CO₂-Preise resultieren in Preiserhöhungen von emissionsintensiven Gütern und Dienstleistungen, wie beispielsweise dem Betrieb großer Autos oder alter Heizungen. Haushalte mit niedrigen Einkommen geben in der Regel relativ zu ihrem Einkommen gesehen mehr Geld für diese Güter und Dienstleistungen aus. Absolut gesehen sind aber die Ausgaben reicher Haushalte höher. Die reale Auswirkung eines hohen CO₂-Preises auf unterschiedliche Einkommensklassen hängt vor allem davon ab, was mit den Einnahmen aus dem CO₂-Preis passiert. Die Auszahlung einer jährlichen Pro-Kopf-Pauschale oder „Klimaprämie“ ist eine Option, bei der die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Konsumenten und Konsumentinnen zurückfließen. Eine andere ist die Möglichkeit der Absenkung von Steuern, die einkommensschwache Haushalte belasten. Auf diese Art erhalten Haushalte mit niedrigen Einkommen (mehr) zurück, als sie bezahlen.

Ein Argument gegen einen nationalen CO₂-Preis ist die Befürchtung, dass es zu

einer Verschiebung der Emissionen in andere (ärmere) Länder kommen könnte. Die Verlagerung von energieintensiven Industrien in Länder mit weniger ambitionierten Klimazielen würde zu einer Auslagerung von Emissionen statt einer tatsächlichen Minderung führen. Es gibt allerdings wenig Anzeichen dafür, dass ein solches „Carbon Leakage“ häufig vorkommt. Ein Grund dafür ist, dass Energie meist nur für einen relativ geringen Teil der Gesamtkosten verantwortlich ist. Ausnahmen könnten allerdings einzelne energieintensive und stark gehandelte Industrien bzw. Güter, wie beispielsweise Stahl, Aluminium, Chemieprodukte oder Zement, sein. In diesem Zusammenhang ist die in der EU bereits praktizierte freie Vergabe von Emissionsrechten für Firmen mit hohem Risiko von Carbon Leakage zu nennen, ebenso wie die Ergänzung des Emissionshandelssystems um konsumbasierte Komponenten und CO₂-Zölle für einen eng definierten Kreis energieintensiver Industrien.

UNTERNEHMEN SIND INITIATIV

Auf Unternehmensebene steigt die Anzahl der Betriebe immer mehr an, die auf einen internen Preis auf CO₂ setzen. Das Ziel ist, sich strategisch auf eine kohlenstoffarme Welt vorzubereiten. Die Entwicklung hin zu immer mehr staatlichen und überstaatlichen Initiativen zur Besteuerung von Emis- »

DER CO₂-PREIS – UNVERZICHT- BARES MITTEL IM KAMPF GEGEN DIE KLIMAKRISE

sionen, auf Basis von Emissions-Handelssystemen oder direkten CO₂-Steuern, macht hohe Emissionen für Unternehmen zunehmend zu einem Risikofaktor. Das Drohpotenzial besteht in zusätzlichen Kosten, die in Zukunft direkt – wie durch Steuern – oder indirekt – wie auf Basis eines veränderten Verbraucherverhaltens – entstehen.

Mit Hilfe eines internen CO₂-Preises können mit Emissionen verbundene Risiken quantifiziert werden und strategische Entscheidungen bereits heute so ausgerichtet werden, dass Risiken reduziert werden. Man könnte in gewisser Weise von einer Simulation einer künftigen CO₂-Bepreisung sprechen, mit der Unternehmen die Möglichkeit erhalten, Emissionen in monetäre Rechengrößen umzuwandeln.

Unternehmen können das Managementinstrument einer CO₂-Bepreisung in unterschiedlicher Weise umsetzen. Zunächst besteht die Möglichkeit einer Einbindung von entweder verschiedenen Unternehmensabteilungen oder die Beschränkung auf die übergeordnete strategische Ebene. Außerdem kann das Unternehmen entweder einen realen internen Fluss von Geldströmen zulassen – eine „interne Emissionssteuer“ festlegen – oder den Preis lediglich zur besseren Entscheidungsfindung theoretisch berechnen – auf Basis eines „Schattenpreises“. In weiterer Folge können die mit den Emissionen verbundenen Kosten vergangen- oder zukunftsbezogen berechnet werden. Die wesentliche Stellschraube dabei ist das angenommene Preisniveau pro Tonne ausgestoßenes CO₂.

Die Einführung einer „internen Emissionssteuer“ bei Unternehmen setzt einen fixen Preis pro Tonne CO₂ an. Unternehmenseinheiten können entscheiden, ob sie die volle Abgabe zahlen oder durch Emissionsreduzierungen „Steuern“ sparen wollen. Die Einnahmen aus der „Emissionssteuer“ können vom Unternehmen in unterschiedlicher Art und Weise verwendet werden: etwa für interne Umweltschutzprojekte oder -investitionen oder auch für tatsächlich anfallende Emissionskosten. Interne Emissionssteuern führen zu einem direkten und transparenten Anreiz, den CO₂-Ausstoß zu senken. Die Wahl des richtigen Preises nimmt bei der Emissionssteuer einen – im Vergleich zum im Folgenden ausgeführten Schattenpreis – noch wichtigeren Platz ein.

Der sogenannte Schattenpreis bildet einen virtuellen Preis als Entscheidungsgrundlage z. B. bei der Produktentwicklung oder bei Investitionsentscheidungen ab. Der Unterschied zu einer internen Emissionssteuer liegt darin, dass beim Konzept der Schattenpreise kein Geld fließt. Weil die Emissions-basierten Kosten die Entscheidungen für Projekte, Produkte oder Dienstleistungen strategisch beeinflussen, erfolgt ein Kostenaufschlag. Das bedeutet, dass ein einheitlicher CO₂-Preis respektive eine Preisspanne als ergänzender Kostenfaktor bei der Einschätzung von Investitionen und Risiken angenommen wird. Dadurch werden externe Risiken angemessen in interne Entscheidungen einbezogen, Ziele wie Emissionsreduktion, Energieeinsparung und -effizienz gezielt gefördert und zukünftige »

Emissionen vermieden. Die Einführung von Schattenpreisen kann für sämtliche Investitionsentscheidungen oder nur für größere Projekte erfolgen. Das Konzept ist relativ einfach umzusetzen und gut verständlich. Eine wichtige Voraussetzung ist auch hier die Verwendung eines realistischen Preises. Schattenpreise führen – auf Basis der Entscheidung für umweltfreundlichere Investitionen – weniger zu kurz- als zu langfristigen Erfolgen in Richtung Klimaschutz.

Das Setzen eines internen CO₂-Preises hat für Unternehmen eine Reihe von Vorteilen. Dazu zählen eine Risikoreduktion im Hinblick auf Emissionen, die Integration des Themas Emissionen in die strategische Entscheidungsfindung, das Anstoßen von interner Innovation, eine gute Öffentlichkeitswirksamkeit und die Erfüllung von Vorgaben seitens NGOs, Kunden und Investoren. Aktuelle Erhebungen zufolge haben bereits mehr als 250 Unternehmen in Europa einen internen CO₂-Preis regelmäßig auf Basis einer eigenen Klimastrategie eingeführt. Darunter befinden sich sowohl große Konzerne als auch mittlere Betriebe.

Unabhängig davon, welche Herangehensweise gewählt wird, kann ein Lenkungseffekt nur dann zur dringend benötigten Umgestaltung der Wirtschaft führen, wenn die Kosten der globalen Erderwärmung realistisch angesetzt werden. Aus unserer Sicht muss hier sowohl auf staatlicher Ebene als auch von Unternehmensseite rasch gehandelt werden, um das 1,5-Grad-Ziel noch halten zu können.





EUROPÄISCHER EMISSIONSHANDEL?

„Bla, bla, bla.“ – Diese Worte verwendete Greta Thunberg beim Jugendklimagipfel in Mailand zur Beschreibung der aktuellen politischen Bestrebungen, dem Klimawandel entgegenzutreten. Gibt es tatsächlich keine Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Emissionen und der daraus resultierenden Klimaerwärmung? Ein zentrales Steuerungsinstrument zur Reduktion der Emissionen in Europa ist der europäische Emissionshandel.

GRUNDKONZEPT

Bereits in den 1960er Jahren wurde das Konzept des Emissionshandels und der damit einhergehenden Bepreisung von Emissionsgasen durch John Harkness Dales bzw. Thomas Crocker entwickelt. Die Grundüberlegung war, mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten eine signifikante Reduktion von Emissionen wie Abgasen und Abwässern zu erzielen. Dazu wird eine absolute Obergrenze von Emissionen für einen geographischen Bereich definiert und im Gegenzug werden entsprechend viele Zertifikate ausgegeben. Ein Zertifikat verbrieft das Recht, eine festgelegte Menge an Emissionen im Zuge des Produktionsprozesses auszustoßen – z. B. eine Tonne CO₂. Kommt ein Unternehmen nicht der Pflicht nach, eigene Emissionen mit Zertifikaten abzudecken, wird eine Geldstrafe verhängt. Durch die freie Handelbarkeit führen die Marktmechanismen in weiterer Folge dazu, dass Unternehmen mit technologischer Ausrüstung in gewissen Bereichen relativ einfach große Mengen an Emissionen einsparen, um keine Zertifikate mehr erwerben zu müssen bzw. nicht mehr benötigte Zertifikate verkaufen zu können. Durch eine Verknappung

der Gesamtmenge an Zertifikaten kann bei Bedarf die Geschwindigkeit der Transformation gesteuert werden.

EUROPEAN UNION EMISSION TRADING SYSTEM (EU ETS)

Dieses Konzept wurde 2003 vom europäischen Parlament sowie dem Rat der EU übernommen und trat als Gesetz am 1.1.2005 in Kraft. Island, Norwegen sowie Liechtenstein nehmen ebenfalls am EU ETS teil. Um den Übergang für Unternehmen zu erleichtern, wurde Unternehmen – mit Ausnahme von Energieerzeugern – ein Teil ihres Jahresverbrauches in Form von Gratiszertifikaten zugeteilt. Der Rest der verbleibenden Zertifikate wurde am Markt versteigert. Die Zeitabschnitte wurden in 4 Phasen (Phase I 2005–2007, Phase II 2008–2012, Phase III 2013–2020 und Phase IV 2021–2030) eingeteilt. Von 2005 bis 2020 sinkt das jährliche „Cap“, das ist die Gesamtmenge der EU-Emissionen, mit dem Faktor 1,74 % p. a., ab 2021 mit dem Faktor 2,2 % p. a. Damit sollten bis zum Jahr 2020 rund 21 % und bis 2030 bis zu 43 % im Vergleich zum Ausgangswert von 2005 eingespart werden.

Es gab im Zeitablauf immer wieder Modifikationen des Systems, um die Effizienz des Mechanismus zu stärken bzw. an neue Zielsetzungen wie die aktuellen Vorschläge aus dem „Fit for 55“-Paket, welches noch ambitioniertere Emissionsreduktionen anstrebt, anzupassen. Derzeit werden die folgenden, relativ genau messbaren Emissionen abgedeckt: CO₂ (Kohlenstoffdioxid), N₂O (Distickstoffmonoxid), PFC (Fluor-Kohlenstoff-Verbindungen).

Eine Alternative, um an Zertifikate zu gelangen, ist der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklungen (CDM – Clean Development Mechanism). Hier können in Entwicklungsländern entsprechend dem Kyoto-Protokoll definierte Projekte gefördert werden und CERs (Certified Emission Reduction Units) erwirtschaftet werden, welche Äquivalente zu einem klassischen Emissionszertifikat darstellen. Aufgrund der Finanzkrise entstand durch die zuvor getroffenen großzügigen Annahmen in Kombination mit einer schrumpfenden Wirtschaft ein Überschuss an Zertifikaten. Dies führte in weiterer Folge zu einem deutlichen Preisverfall der Zertifikate, welche prinzipiell bis zum Verbrauch gültig sind und kein Ablaufdatum haben. Das Europäische Parlament beschloss daher zur Reduktion des Überschusses 2013 die Versteigerung von rund 900 Millionen Zertifikaten zu verschieben. In weiterer Folge wurden diese Zertifikate in eine „Marktstabilitätsreserve“ (MSR) überführt, welche bei Bedarf zur Liquiditäts- »



Mag. Alexander Toth
Fondsmanger
bei der Raiffeisen KAG

WAS IST DAS?

steuerung genutzt werden kann. Diese Maßnahmen in Kombination mit den Absichtserklärungen der EU hinsichtlich Klimaschutz führten seit 2017 zu einem deutlichen Preisanstieg bei den Emissionsrechten.

ENERGIEMIX MATTERS

Der Energiesektor ist global der größte Emittent von Treibhausgasen. Energieproduzenten und deren Energiemix haben relevante Auswirkungen auf die Nachfrage von Zertifikaten. Ab einem Preis von 16 bis 17 Euro pro Tonne CO₂ werden Kohlekraftwerke auf Grund der deutlich geringeren Effizienz bei der Elektrizitätserzeugung im Vergleich zu Gaskraftwerken unrentabel. Kohlekraftwerke operieren mit etwa 50 %

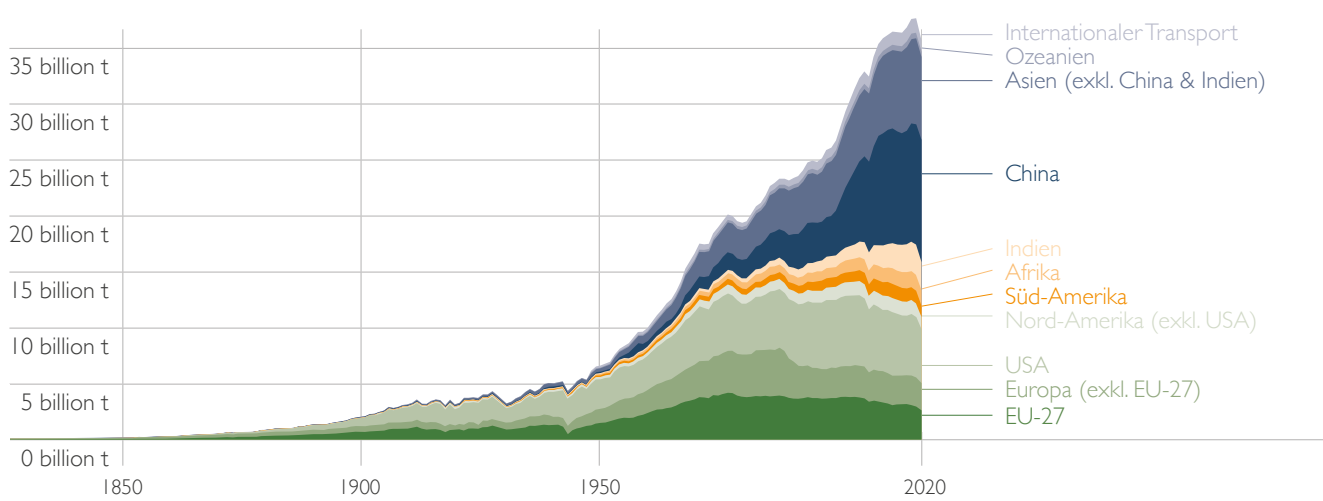
der Effizienz eines Gaskraftwerks. Daher wird auch eine derartige Umstellung bei einem aktuellen Preisniveau über diesem Schwellenwert deutlich schneller ablaufen als unter diesem Schwellenwert. In untenstehender Grafik zu den globalen Emissionen aus fossilen Brennstoffen sehen wir, dass bei Ländern mit hohem Kohleanteil im Energiemix wie z. B. China enormes Einsparungspotenzial besteht.

EINSCHÄTZUNG

Das zwischenzeitlich abgeschriebene Thema Emissionshandel hat nach einigen Kinderkrankheiten wieder Fahrt aufgenommen. Die Steuerungsmaßnahmen der Europäischen Union im Hinblick auf angestrebte

Klimaziele werden zu weiteren Verknappungen führen. Der Kostendruck scheint der einzige funktionierende Anreiz zu sein, um die notwendige technologische Innovation voranzutreiben. Der Europäische Emissionshandel kann ein Vorbild für andere Regionen sein, Emissionen zu bepreisen und einen entsprechenden Innovationsschub voranzutreiben. Ein Blick auf die stark gestiegenen Emissionen aus fossilen Energieträgern zeigt, wie weit wir noch vom Traum der Klimaneutralität entfernt sind und dass es neben technischen Innovationen auch jeden Einzelnen und dessen bewusstes Verhalten brauchen wird, um gemeinsam einen lebenswerten Planeten für weitere Generationen zu sichern.

Grafik: Jährliche CO₂-Emissionen durch fossile Brennstoffe



Quelle: Global Carbon Project, OurWorldInData.org/co2-and-other-greenhouse-gas-emissions

Note: This measures CO₂ emissions from fossil fuels and cement production only – land use change is not included.

“Statistical Differences” (included in the GCP dataset) are not included here.



Moderation durch
Mag. (FH) Dieter Aigner,
Geschäftsführer der
Raiffeisen KAG

DI Wolfgang Anzengruber
Botschafter der Wirtschaftsplattform
CEOs FOR FUTURE und ehem. Vor-
standsvorsitzender der Verbund AG



Mag. Wolfgang Pinner
Bereichsleiter „Corporate Responsibility“,
Raiffeisen KAG



Sektionschef Dr. Jürgen Schneider
Bundesministerium für Klimaschutz,
Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation
und Technologie



Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sigrid Stagl
Department für Sozioökonomie,
Wirtschaftsuniversität Wien



Virtuelle Round-Table-Diskussion über die Notwendigkeit, bei der Klimapolitik rasch ins Tun zu kommen, und die Chancen der CO₂-Bepreisung

Ab Juli 2022 kosten CO₂-Emissionen in Österreich 30 Euro pro Tonne. Der Preis soll Jahr für Jahr angehoben werden – 2023: 35 Euro, 2024: 45 Euro – und 2025 dann 55 Euro pro Tonne betragen. Herr Dr. Schneider, ist dieser Preis in Anbetracht des Tempos, das wir im Kampf gegen die Klimakrise brauchen, angemessen hoch?

Jürgen Schneider: Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, 2040 klimaneutral zu sein. Das wird nicht von selbst passieren. Da braucht es einen ökonomischen und auch einen regulatorischen Rahmen. Das Thema CO₂-Bepreisung ist ein ganz wesentlicher Baustein auf dem Weg dorthin. Ich darf da auch den österreichischen Klima-Ökonomen Gernot Wagner zitieren, der gemeint hat, dass der Einstieg ins System – also von null auf zehn Euro – wahrscheinlich der viel schwierigere Schritt ist, als von zehn auf 110 Euro zu erhöhen. Ich bin jedenfalls sehr froh, dass wir diesen Einstieg geschafft haben. Nach einer Einstiegs- und einer Übergangsphase wird 2026 der echte Handel über ein Cap-and-Trade-System* beginnen. Das heißt, der Preis wird nicht mehr vorgegeben, sondern die Menge der verfügbaren Zertifikate. Der Preis bildet sich dann am Markt.

Wie darf man sich die Umsetzung in der Praxis vorstellen und wer ist betroffen?

Jürgen Schneider: Das System, das jetzt in Österreich eingeführt wird, hat einen

klar definierten Anwendungsbereich. Und dieser Anwendungsbereich betrifft die CO₂-Emissionen außerhalb des derzeitigen EU-Emissionshandelssystems. Also nicht Treibhausgase generell, sondern CO₂-Emissionen. Die Verursacher, die das betrifft, sind auf der einen Seite der ganze große Bereich des Verkehrs, also verursacht durch den Verbrauch von Benzin und Diesel. Der zweitwichtigste ist der Sektor Gebäude. Da sind es im Wesentlichen Heizöl und Erdgas. Und dann betrifft es noch kleinere Industrie-, Gewerbeunternehmen und Dienstleister, die nicht im EU-Emissionshandelssystem sind, ebenfalls Erdgas und Öl, sowie den Sektor Landwirtschaft – dort aber nur die CO₂-Emissionen, also im Wesentlichen durch den Einsatz von Diesel. In einem ersten Schritt müssen wir die verpflichteten Unternehmen, die es betrifft – das sind nicht die Endverbraucher, sondern Unternehmen, die fossile Treib- und Brennstoffe in Verkehr bringen –, in einem System registrieren. Der Vorteil ist, dass das genau die gleichen sind, die jetzt mineralölsteuer- bzw. energieabgabenpflichtig sind. Das heißt, wir kennen diese Firmen genau. Sie sind schon beim Zoll und Finanzamt registriert. Diese Unternehmen werden die Preise dann an die Endkunden weitergeben, was den gewünschten Lenkungseffekt bringen soll. Das Zertifikate-Handelssystem ist keine klassische Abgabe oder Steuer, spricht: »

ÄRMEL HOCHKREMPPELN

nichts, wo der Staat mittel- und langfristig Geld einnehmen will. Ziel ist die Reduktion des fossilen Energieverbrauchs. Deshalb gibt es gleichzeitig Unterstützungsaktionen, die den Umstieg von fossiler Energie auf Erneuerbare erleichtern und soziale Gerechtigkeit herstellen sollen. Das Ganze folgt ein wenig dem Prinzip Carrot and Stick, Zuckerbrot und Peitsche.

Es wurde das Thema soziale Gerechtigkeit angesprochen. Ein Thema, mit dem auch Sie sich, Frau Professor Stagl, beschäftigen. Wie ist Ihre wissenschaftliche Sicht auf die CO₂-Bepreisung?

Sigrid Stagl: In der ökonomischen Literatur gibt es dazu zwei Zugänge. Der eine ist der Versuch, die gesellschaftlichen Kosten der Treibhausgase im Preis mit zu erfassen. Bei diesem Ansatz werden nicht nur die Kosten, die in der Buchhaltung aufschlagen, in die Bepreisung einbezogen, sondern auch die Kosten, die anfallen, um Schäden durch Treibhausgase zu korrigieren und zu kompensieren, die für die ganze Gesellschaft entstanden sind. Da kommt man zu sehr unterschiedlichen Zahlen. Je nachdem, wie weit man das System in die Zukunft betrachtet, desto höher sind die gesellschaftlichen Kosten des Kohlenstoffs. Die Wissenschaft hat in den letzten 30 Jahren trefflich darüber gestritten, welcher Wert der richtige bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Kosten des Kohlenstoffs ist.

Und der zweite Zugang?

Sigrid Stagl: Der zweite Zugang – der Vermeidungskosten-Ansatz – ist viel pragmatischer, nämlich: Was brauchen wir denn, um das Ziel zu erreichen? Da schaut man sich an, wie schnell die Bürgerinnen und Bürger und die Produzentinnen und Produzenten auf Preisänderungen reagieren. Reagieren sie schnell, dann braucht der Kohlenstoffpreis nicht so stark steigen. Wenn sie nicht so schnell reagieren, muss er stärker steigen. Dieser Preis hängt aber auch von begleitenden regulativen Maßnahmen ab: technische Standards, Branchenstandards, Fahr- oder Parkverbote. Es gibt unterschiedliche Herangehensweisen, mit denen man das gleiche Ziel erreichen kann. Je mehr man die Bepreisung durch andere Maßnahmen begleitet, desto weniger muss der Kohlenstoffpreis steigen, um das gleiche Ziel zu erreichen. Klimaschutz alleine durch Bepreisung von Treibhausgasen zu schaffen ist schwierig, weil das zu sozialen Verwerfungen führen kann. Und was man auch noch mitbedenken sollte: Wir reden jetzt über Klimawandel, das ist gut und wichtig. Aber es gibt auch noch andere Probleme, nämlich Biodiversitätsverlust, Materialverbrauch etc., auch das muss man angehen. Auch dafür gilt das Plädoyer für eine gemischte Herangehensweise.

Unternehmen müssen hart kalkulieren. Energiekosten sind dabei immer ein großes Thema. Welche Erfahrungen haben Sie, Herr »

* Das Prinzip des sogenannten „Cap & Trade“ funktioniert wie folgt: Eine Obergrenze (Cap) legt fest, wie viele Treibhausgas-Emissionen von den emissionshandelspflichtigen Anlagen insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Die Mitgliedstaaten geben eine entsprechende Menge an Emissionsberechtigungen an die Anlagen aus – teilweise kostenlos, teilweise über Versteigerungen (eine Berechtigung erlaubt den Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid-Äquivalent – CO₂-Äq). Die Emissionsberechtigungen können auf dem Markt frei gehandelt werden (Trade). Hierdurch bildet sich ein Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen. Dieser Preis setzt Anreize bei den beteiligten Unternehmen, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.
Quelle: Umweltbundesamt



Dieter Aigner im Gespräch mit Sigrid Stagl, Jürgen Schneider, Wolfgang Anzengruber und Wolfgang Pinner

DI Anzengruber, als langjähriger Vorstandsvorsitzender der Verbund AG in den vergangenen Jahren mit der CO₂-Bepreisung, dem Emissionshandel, gemacht?

Wolfgang Anzengruber: Natürlich ist jede Bepreisung ein Kostenfaktor, der in der Kalkulation seine Auswirkung hat. Das ist ja auch der Sinn der Sache. Die Wirtschaft befindet sich in einem Wettbewerb mit Ländern und auch Unternehmungen, die außerhalb des nationalen Gestaltungsrahmens sind, und da sind gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen eine ganz wichtige Sache. Diese hat man mit dem europäischen Emissionshandel versucht herzustellen. In der Energieindustrie hat das in Summe ganz gut funktioniert. Wir sind 2005 mit fünf Euro gestartet und stehen heute bei 60 Euro pro Tonne CO₂, also dem doppelten Preis, mit dem der Verkehrssektor jetzt einsteigt. Doch neben den Zahlen und dem operativen Geschäft gibt es auch noch eine andere Dimension: die Innovationsseite. CO₂-emittierende Technologien sind heute nicht mehr wirtschaftlich oder zumindest weniger wirtschaftlich. Das hat dazu geführt, dass man in der Branche in andere Technologien gegangen ist. Die Bepreisung hat also auch zu Veränderungen geführt, und das ist ein zweiter, sehr wichtiger Effekt, den man sich jetzt auch im Verkehr erwartet. Denn wir wollen ja nicht nur eine Bestrafung, son-

dern vor allem Veränderung. Natürlich braucht es gewisse Rahmenbedingungen, die entsprechende Investitionen möglich machen. Denn was unwirtschaftlich ist, kann in der Industrie nicht stattfinden.

Als Investor bekommt man im Rahmen von Dialogen mit Unternehmen viele Einblicke in deren Strategien. Wie schaut das in Hinblick auf die CO₂-Bepreisung aus?

Wolfgang Pinner: Das Thema CO₂-Bepreisung ist bei den Emittenten definitiv angekommen. Prinzipiell ist es so, dass im Bereich der internen CO₂-Bepreisung von Unternehmen meist eines von zwei Modellen herangezogen wird. Zum einen ist das ein fixer Preis, der pro emittierter Tonne CO₂ angesetzt wird – die so gewonnenen Finanzmittel werden in nachhaltige Projekte investiert. Zum anderen wird ein Schattenpreis, ein theoretischer Preis, angesetzt, der dann quasi virtuell in die Strategie respektive das Management des Unternehmens einfließt. Im Rahmen eines Engagements zum Thema CO₂-Bepreisung haben wir rund 50 Unternehmen kontaktiert. In einigen dieser Unternehmen findet die Bepreisung von Treibhausgasen bereits jetzt schon Anwendung und wird natürlich auch bei Investmententscheidungen mitberücksichtigt. Die Unternehmen gehen in der Regel von einem steigenden Preis für CO₂ aus, weswegen einige den »

internen CO₂-Preis für Investitionsprojekte bereits implementiert haben. Andere Unternehmen haben CO₂-Emissionen mit einem fiktiven, mit einem Schattenpreis, belegt, der beispielsweise bei 30 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalente liegt. Über ein internes Monitoring wird die erwartete Besteuerung antizipiert. Und schließlich gibt es noch einige Unternehmen, die mit einem Kohlenstoffausgleich begonnen oder freiwillig CO₂-Zertifikate aus globalen Aufforstungsprojekten erworben haben. Unsere Dialoge zeigen, dass viele Unternehmen im Bereich CO₂-Bepreisung bereits aktiv sind und das ist gut so.

Zuletzt haben einige Länder auch die Kernenergie als Lösung für CO₂-Emissionen ins Spiel gebracht. Welche Berechtigung haben solche Lösungsansätze?

Wolfgang Anzengruber: Die Ambitionen der Nuklearindustrie, hier als Retter in der Not aufzutreten, sind offensichtlich. Und natürlich emittieren Kernkraftwerke in der Produktion kein CO₂, das ist richtig. Doch sie sind bei weitem nicht nachhaltig. Und uns sollte es ja nicht nur darum gehen, CO₂ zu reduzieren, sondern wir sollten auch Nachhaltigkeit in der Perspektive haben. Die Abfallstoffe haben eine Halbwertszeit von rund 24.000 Jahren. Das überschreitet im Normalfall die Planungshorizonte der Unternehmen. Da-

rüber hinaus ist Nuklearenergie einfach nicht wirtschaftlich. Sie ist – im Vergleich zur Erneuerbaren – sogar weit weg von Wirtschaftlichkeit. Sie können relativ rasch große Energiemengen zur Verfügung stellen. Aber ich halte es für gefährlich, wenn man so große, mächtige Zentren schafft, die auch sehr sensibel sind.

Frankreich betreibt hier massiv Lobbying.

Wolfgang Anzengruber: Ich weiß schon, Frankreich, 70 Prozent Abhängigkeit von Nuklearenergie, Projekte, die in Planung sind ... Jetzt übertreiben wir es nicht! Ich glaube, in Europa sind vier bis fünf Projekte in Planung oder in Bau. Ich bin überzeugt davon, dass wir in Europa wesentlich mehr Schließungen von Kernkraftwerken sehen werden als Neubauten. Und wenn man das neue Atomkraftwerk in Skandinavien anschaut, das bald in Betrieb gehen wird, dann sieht man, dass Kosten und Zeit außer Rand und Band geraten sind. Das hat ein Vermögen gekostet und wird nie wirtschaftlich produzieren können.

Wolfgang Pinner: Ein Aspekt, der in der Argumentation zum Thema Atomkraft immer wieder vorgebracht wird, ist die Netzstabilität. Die Erneuerbaren wären zweifelsohne eine sehr gute Ergänzung des Energie-Mix, aber für die Erzielung einer abgesicherten Netzstabilität nicht

ausreichend. Ohne die Atomkraft ausbauen zu wollen – aber sie ist derzeit in Europa ein wichtiger Faktor, um die Stabilität des Netzes zu gewährleisten – auch um ein mögliches Blackout zu vermeiden. Das sollte man vielleicht nicht ganz aus den Augen verlieren.

Wolfgang Anzengruber: Es stimmt, ganz klar. Das Netz ist in den letzten Jahren deutlich sensibler geworden. Atomkraftwerke sind aber grundlastfähig, sie helfen uns nicht, zu boosten. Da helfen uns die Gaskraftwerke, weil diese schnell im System sind. Am besten sind die Pumpspeicher, weil die noch schneller sind und stabilisieren können. Hier haben wir aber das Thema mit der Speicherung. Ich sage nicht, dass es einfach ist, aber ich denke, es ist machbar. Auch wenn man es nicht gerne hört: Für das Engpassmanagement werden wir kleinere Gaskraftwerke auch in Zukunft brauchen.

Teilen Sie diese Ansicht, Frau Prof. Stagl?

Sigrid Stagl: Ich habe mir dazu vor einem Jahr die wissenschaftliche Literatur aus verschiedenen Disziplinen sehr systematisch angesehen und meine Schlussfolgerung daraus ist, dass die Nuklearenergie nicht Best-in-class ist. Sie wurde von den neuen Erneuerbaren kostenmäßig überholt. Nuklearenergie ist zu teuer, wenn »

ROUND- TABLE- DISKUSSION

man alle Kosten einrechnet. Es ist kein Wunder, dass global gesehen Kraftwerke heute vor allem in Ländern gebaut werden, die eher nicht demokratisch sind, wo es Abnahmegarantien gibt, also besondere Bedingungen für diese Technologie. Wenn man Alternativen hat, dann sollte man auch aufgrund der Gefährlichkeit und der Vulnerabilität hinsichtlich terroristischer Angriffe darauf verzichten. Natürlich muss man auch noch die Arbeitsbedingungen beim Uranabbau und die Umweltauswirkungen und Ähnliches in die Bewertung einbeziehen. Ich bin ganz klar zum Schluss gekommen, dass man Nuklearenergie nach der EU-Taxonomie nicht als grün einstufen soll. Auch die kleinen Reaktoren ändern diese Einschätzung nicht. Der Einbau von Photovoltaik auf Dächern, in Gebäudefassaden und Fenstern ist zwar mühsamer, aber genau dort haben wir ein enormes Potenzial. Es ist wichtig, dass wir jetzt nicht aufgrund von Nebelgranaten, die uns Kernkraftwerke attraktiv erscheinen lassen, in diese gefährliche Technologie gehen.

Wie ist die Stimmungslage auf europäischer Ebene?

Jürgen Schneider: In der EU wird derzeit auf höchster politischer Ebene eine sehr intensive Diskussion darüber geführt und es gibt massives Lobbying von den Staa-

ten, die auf Atomkraft setzen. Wir sehen aber auch, dass es massives Lobbying gibt von Ländern, die auf Erdgas als Brückentechnologie setzen. Aber Erdgas ist ein fossiler Energieträger. Auch wenn dieser im Vergleich zu Öl um ein Viertel weniger CO₂-Emissionen verursacht, ist das ganz klar der falsche Weg. Erdgas mag eine Übergangstechnologie sein, eine Klimaschutzmaßnahme ist es nicht.

Die Kritik an der zögerlichen Klimapolitik wird immer lauter. Können wir das Ruder noch herumreißen und wenn ja, wie könnte das gelingen?

Wolfgang Anzengruber: Wir diskutieren sehr viel darüber, ob die Ziele ambitioniert genug sind, ob sie ausreichend hart sind, ob die Zeiträume realistisch sind oder nicht. Das wird sich zeigen. Ich weiß es nicht. Aber was für mich relativ klar ist – und ich bin grundsätzlich optimistisch –, ist, dass wir jetzt noch die Chance auf eine kontrollierte Veränderung haben. Die CO₂-Bepreisung kann bloß ein Anstoß sein – eine richtige Hürde ist sie noch nicht. Parallel dazu müssen wir mit Verboten arbeiten, denn ohne wird es nicht gehen. Deutschland verhandelt den Kohleausstieg bis 2030. Ein Ende der Verbrennungsmotoren ist in Sicht. Veränderungen werden stattfinden, ob kontrolliert oder unkontrolliert. Wir haben jetzt »

die letzte Chance, diese Veränderungen einigermaßen kontrolliert stattfinden zu lassen. Je später wir damit anfangen, desto schmerzhafter und sozial ungerechter wird es werden. Wir wissen alle: 30 Euro ist ein lächerlicher Preis. Das wissen wir. Die Wissenschaft zeigt uns, dass wir ganz andere Preise hätten, wenn wir die Zukunftsschäden in die Gegenwart transformieren würden. Grundsätzlich bin ich nicht pessimistisch. Ich glaube, wir werden es schaffen. Aber wir brauchen mehr Anstöße – und ein Monitoring mit offenen Preisgrenzen.

Sigrid Stagl: Auch wenn COP26 aus Klimaperspektive nicht das erhoffte Ergebnis gebracht hat, wurden Schritte gesetzt. Da muss man jetzt dranbleiben, immer und immer wieder. Es genügt nicht, die Daumen zu drücken, wir müssen auch die Ärmel hochkrempeln. Ganz wichtig fände ich auch die monatliche Darstellung der Treibhausgasentwicklung, so wie wir das beim Bruttoinlandsprodukt, der Arbeitslosigkeit und der Preisstabilität bereits machen. Denn dann bleibt das Thema ganzjährig im Gespräch. Ich möchte aber nochmals auf die globale Perspektive zurückkommen. Derzeit sind ungefähr 20 Prozent der globalen Treibhausgase in einem Bepreisungsregime. Das ist schockierend wenig. Und Bepreisungsregime heißt noch nicht,

dass dabei ein adäquater Kohlenstoffpreis gezahlt wird. Im Gegenteil, manchmal ist dieser Preis absurd niedrig. Der Weg ist noch sehr lang, er darf aber nicht lange dauern. Es ist ein steiler Weg. Und da ist es ganz wichtig, dass wir die internationale Kooperation pflegen. Der Internationale Währungsfonds hat einen Vorschlag für einen globalen Kohlenstoffpreis gemacht, der so differenziert, dass arme Länder 25 US-Dollar, reiche Länder 75 US-Dollar und Länder dazwischen 50 US-Dollar pro Tonne CO₂-Äquivalent bezahlen sollen. Das ist einmal eine Positionierung. Das ist wichtig. Es muss in Richtung globale Kohlenstoffbepreisung gehen und es braucht eine differenzierte Herangehensweise.

Wolfgang Pinner: In unserem Wirkungsbereich, dem nachhaltigen Investment auf Portfolioebene, werden wir die CO₂-Emissionen – die wir über Datenbanken sehr gut berechnen können – weiterhin in die diskretionäre Analyse im Rahmen unseres Investmentprozesses einbeziehen. Das bedeutet, dass wir vor einem Investment oder vor der Nominierung eines Titels für unsere Watch- oder Shortlist eine Beurteilung der Emissionen im Kontext des jeweiligen Unternehmens vornehmen. Die Emission von Treibhausgasen ist allerdings nur eines von sehr vielen Themen, die wir mit Sorge verfolgen. Der Verlust an Biodi-

versität und Artenvielfalt ist ein anderes, das in diesem Zusammenhang steht und in Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung von großer Bedeutung ist.

Wie so oft bekommt die Politik das letzte Wort.

Jürgen Schneider: Das Ergebnis der Klimakonferenz in Glasgow ist natürlich ambivalent zu sehen und ich verstehe die Klimawissenschaft, die sagt, sie hätte sich mehr gewünscht. Aber wenn man eine Verhaltensökonomin fragt, ob das so erwartbar war, dann ist das Ergebnis aus ihrer Perspektive wohl sensationell. Wir haben weltweit 195 Staaten, darunter Diktaturen, Staaten, deren Staatsbudget zu 50 Prozent auf der Förderung und dem Verkauf fossiler Energie beruht, und wir haben ein Einstimmigkeitsprinzip. Und trotzdem haben wir erstmals vereinbart, dass Kohle als fossile Energie ein Ablaufdatum bekommen wird. Natürlich geht es zu langsam. Aber es gibt auch Signale, die Hoffnung geben. Österreich – Europa – muss zeigen, wie eine klimafreundliche Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren kann. Es soll ein Erfolgsmodell werden, das möglichst globalisierungsfähig ist. Nicht im Sinne eines Kolonialismus: Nehmt das, was wir machen, sondern „leading by example“. Wenn wir das schaffen, werden wir ein attraktives Beispiel für andere Weltgegenden sein.



NACHHALTIGES ENTWICKLUNGSZIEL 17 (SDG 17):

Partnerschaften zur
Erreichung der Ziele

**SUSTAINABLE
DEVELOPMENT
GOALS**

Mit den globalen Nachhaltigkeitszielen sprechen die Vereinten Nationen Herausforderungen wie die Beseitigung von Hunger und Armut, fairen Handel, sauberes Wasser oder Klimaschutz an. Ein Land oder eine Region allein kann diese Ziele nicht erreichen. Dafür braucht es weltweit starke Partnerschaften verschiedener Akteure, angefangen von Regierungen und der Wirtschaft über die Zivilgesellschaft bis zur Wissenschaft. Nur durch eine enge Verzahnung von Maßnahmen in zahlreichen Bereichen und auf vielen öffentlichen und privaten Ebenen kann ein nachhaltiger Wandel herbeigeführt werden.

Das SDG 17 greift diese Thematik auf und beschreibt fünf Bereiche zur Intensivierung der Zusammenarbeit – Finanzierung, Technologie, Kapazitätsaufbau, Handel und systemische Fragen. Sowohl entwickelte Regionen als auch Schwellenländer werden adressiert, um die Zusammenarbeit auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu intensivieren und effektive Entwicklungsarbeit zu leisten. Die Verantwortung für eine inklusive nachhaltige Entwicklung obliegt nicht einem allein, sondern der globalen Gesellschaft. Im Folgenden sind die fünf Bereiche des SDG 17 auszugsweise dargestellt.

DIE BIS 2030 FESTGELEGTE ENTWICKLUNGSZIELE DER UN ZUM THEMA „PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE“, WIE SIE AUCH IN DIE AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG AUFGENOMMEN SIND (GEKÜRZT):

Finanzierung

- ✓ die Mobilisierung einheimischer Ressourcen verstärken
- ✓ sicherstellen, dass die entwickelten Länder ihre Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe voll einhalten
- ✓ zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren

Technologie

- ✓ die regionale und internationale Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit und Dreieckskooperation im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation und den Zugang dazu verbessern und den Austausch von Wissen zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen verstärken

Kapazitätsaufbau

- ✓ die internationale Unterstützung für die Durchführung eines effektiven und gezielten Kapazitätsaufbaus in den Entwicklungsländern verstärken

Handel

- ✓ ein universales, regelgestütztes, offenes, nicht-diskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern

Systemische Fragen

Dieser Punkt deckt Maßnahmen in den Bereichen Politik- und institutionelle Kohärenz, Multi-Akteur-Partnerschaften sowie Daten, Überwachung und Rechenschaft ab.



Herbert Perus
Fondsmanagement – Corporate
Responsibility bei der Raiffeisen KAG

UNTERNEHMENS

So unterschiedlich sich die Emissionen von Treibhausgasen verschiedener Unternehmen darstellen, so unterschiedlich sind auch die Maßnahmen, die diese Unternehmen

ergreifen, um einerseits die Emissionen zu verringern und andererseits sich den Herausforderungen einer kommenden Bepreisung zu stellen.

Zu den Engagement-Aktivitäten des Fondsmanagements von Raiffeisen Capital Management (Raiffeisen KAG) im Bereich CO₂-Bepreisung gehört auch der Dialog mit einigen großen und den für uns interessantesten börsennotierten Unternehmen zu diesem Thema. Diesmal haben wir mehr als 50 Unternehmen aus der DACH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz) dazu kontaktiert und dabei folgende Fragen gestellt:

- 1 Ist Ihr Unternehmen derzeit verpflichtet, eine CO₂-Steuer zu zahlen, bzw. sind Sie Teilnehmer am Zertifikatehandel?
- 2 Wenn ja, hat diese Bepreisung einen Einfluss auf die CO₂-Reduktion Ihres Unternehmens gehabt und streben Sie Klimaneutralität an?
- 3 Welche Treibhausgase werden durch Ihr Unternehmen emittiert und in welchem Verhältnis?
- 4 Welche Investitionen sind von Ihrer Seite angedacht oder umgesetzt, die Ihren CO₂-Fußabdruck verringern, und wie wird dieser gemessen?
- 5 Wie bereitet sich Ihr Unternehmen auf die zukünftige Bepreisung von Treibhausgasen vor?
- 6 Welche Methode der Treibhausgas-Bepreisung sehen Sie als die sinnvollste für Ihre Branche an?
- 7 Welchen Beitrag leistet Ihr Unternehmen zum SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz)?

STIMMEN ZUM THEMA CO₂-BEPREISUNG

Eine kleine Auswahl der bei uns eingegangenen Antworten:

1 & 2 Mayr-Melnhof, Zalando

Das Hauptziel einer CO₂-Bepreisung ist es, einen Lenkungseffekt in der Klimapolitik von Unternehmen zu erzielen. So stellt sich die Frage, ob es für Unternehmen, die eine CO₂-Abgabe zahlen, tatsächlich ein Anreiz ist, ihre Emissionen zu verringern, oder ob die Steuer nur als weiterer Kostenfaktor gesehen wird. Das Papierunternehmen Mayr-Melnhof zahlt gemäß den gesetzlichen Vorgaben der jeweiligen Länder CO₂-Steuern und ist Teilnehmer am Zertifikatehandel. Für das Unternehmen besteht ein eindeutiger Zusammenhang der Steuer mit einer zukünftigen Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

Das Unternehmen strebt bis 2050 Klimaneutralität an und sieht sich in der Verpflichtung, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Das geht laut Unternehmenssprecher über die gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen hinaus.

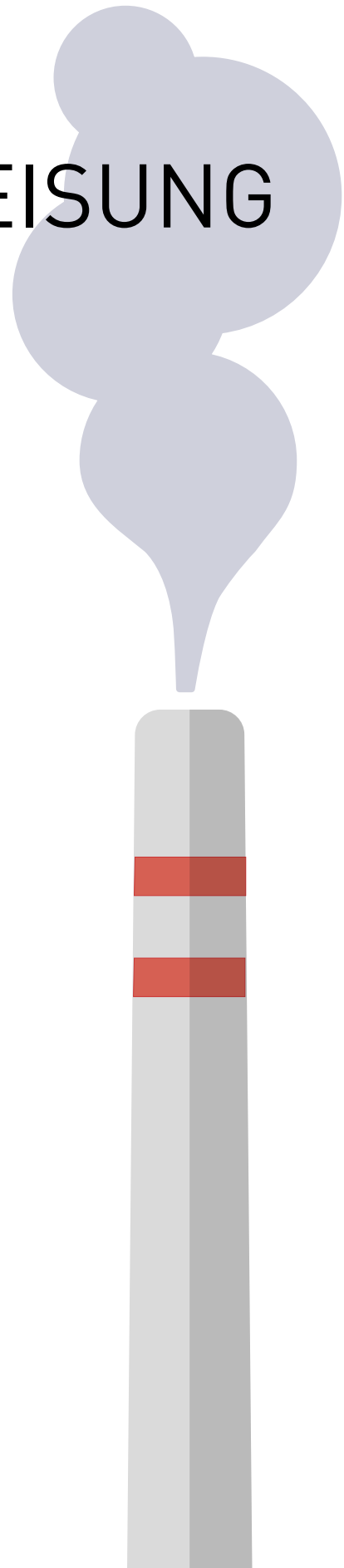
Der Online-Versandhändler Zalando ist nicht verpflichtet, eine CO₂-Steuer zu zahlen, und dementsprechend hatte die CO₂-Bepreisung keinen Einfluss auf die Klimapolitik von Zalando. Unabhängig davon kommuniziert das Unternehmen sehr ambitionierte Klimaziele und Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Fußabdrucks. So werden beispielsweise CO₂-Zertifikate erworben, durch die

abgeholzte Waldbestände in Regenwaldgebieten wieder aufgeforstet werden.

3 Agrana, Infineon:

In den Portfolios von Raiffeisen Capital Management befindet sich eine breite Streuung an verschiedensten Unternehmen in den unterschiedlichsten Branchen. CO₂-Bepreisung bezieht sich nicht immer nur auf Kohlenstoffdioxid, sondern auch auf andere Treibhausgase. Das Lebensmittelunternehmen Agrana stößt in seiner eigenen Produktion vorwiegend CO₂ aus, doch in der vorgelagerten Wertschöpfungskette wird vor allem auch Lachgas emittiert. Diese Emission ist die Folge von stickstoffhaltigen Düngemitteln, die in der modernen Landwirtschaft anfallen.

Für den Halbleiterproduzenten Infineon steht der Hauptfokus auf PFC(Perfluorcarbon)-Gasen, die hauptsächlich bei Ätzworgängen eingesetzt werden. Das Unternehmen bedauert, dass bislang trotz intensiver Forschung keine Alternativen für PFC in der Halbleiterindustrie gefunden worden sind. 14 % der Emissionen fallen bei Infineon in den Scope-1-Bereich (alle direkt durch Verbrennung verursachten Emissionen), der Scope-2-Anteil (die mit eingekaufter Energie verursachten Emissionen wie beispielsweise Elektrizität oder Fernwärme) betrug ca. 40 %, der Rest entfällt auf Scope-3-Emissionen (Emissionen, die durch erworbene Vorleistungen und Dienstleistungen Dritter verursacht werden). »



UNTERNEHMENS- STIMMEN ZUM THEMA CO₂- BEPREISUNG

4 Porr, OMV

Innovation zu klimafreundlichen Technologien bedarf Investitionen. Unternehmen werden aus Gründen der Emissionsreduktion und Klimasteuern immer mehr dazu gebracht, ihren CO₂-Fußabdruck zu reduzieren und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen.

Um einen Erfolg der Klimafreundlichkeit auch sehen zu können, bedarf es Methoden, um die CO₂-Emissionen zu messen. Das österreichische Bauunternehmen Porr möchte als eines der führenden Unternehmen in seiner Branche aktiv den Wandel zur Klimaneutralität gestalten. Deshalb hat Porr eine neue Strategie für klimaneutrale Bauprojekte erarbeitet. Damit investiert das Unternehmen in alternative Antriebe und Energien, modernste Baumaschinen, ein nachhaltig gesteuertes Geräte- und Fuhrparkmanagement und die Optimierung der Baustellenlogistik. Das Unternehmen misst den CO₂-Fußabdruck mit zwei Methoden. Einerseits wird der Energieverbrauch der Produktionsstandorte analysiert, andererseits werden seit 2020 Energiedaten von Großbaustellen erfasst.

OMV und Borealis investieren eine Milliarde Euro in die sogenannte Nachhaltigkeitsstrategie 2025. Dabei werden vorwiegend Projekte mit innovativen Energie- und Kreislaufwirtschaftslösungen wie ReOil und CO-Processing* finanziert.

5 Palfinger, Delivery Hero, Siemens:

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Kosten durch CO₂-Besteuern für Unternehmen von Jahr zu Jahr ansteigen. Um sich auf die steigenden Preise vorzubereiten, gibt es verschiedene Ansätze, diese zukünftige Aufgabe aus Unternehmenssicht zu bewältigen. Jedoch ist die CO₂-Bepreisung nicht nur ein Kostenfaktor, sondern schafft auch Chancen. Bei dem Maschinenbauunternehmen Palfinger werden beispielsweise seit 2017 fiktive CO₂-Preise von 30 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent hinterlegt. Mit dieser Methode simuliert das Unternehmen eine mögliche Kostenbelastung und bereitet sich so auf eine tatsächliche Bepreisung vor. Jedoch sind nicht alle Industrien zwangsläufig von einer CO₂-Bepreisung betroffen. Etwa der Onlinehändler Delivery Hero. Auf Basis firmeninterner Analysen geht das Unternehmen von keiner kommenden Emissionsbepreisung für Zulieferdienste aus.

Für Siemens, ein Unternehmen mit dem Schwerpunkt auf Automatisierung und Digitalisierung im Industriebereich, ist entscheidend, dass eine CO₂-Bepreisung alle Sektoren umfasst und ein effektives Preissignal sendet. Für Siemens bietet eine CO₂-Bepreisung viele Chancen, um auch für seine Kunden mit Siemensprodukten zur Emissionsreduktion beizutragen. So bieten sich für das Unternehmen neue Ge- »

schäftsmöglichkeiten, da ein hoher CO₂-Preis Nachfrage nach „sauberen“ Produkten erzeugt.

6 Verbund, Porr, BMW

Wie so oft im Leben gibt es für das gleiche Ziel verschiedene Ansätze. Das ist bei der Emissionsreduktion durch Besteuerung nicht anders. Selbstverständlich haben auch Unternehmen eine Meinung zu Steuern beziehungsweise dazu, was eine CO₂-Bepreisung erfüllen muss, um wirklich etwas zu verändern. Das Energieunternehmen Verbund unterliegt dem EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) und sieht dieses auch weiterhin als zentrales Instrument für die Bepreisung von CO₂. Der Lenkungseffekt wäre laut Verbund bei einem Mindestpreis für CO₂ am größten. Um den internationalen Wettbewerb nicht zu verzerren, wäre eine einheitliche Vorgehensweise bei der Besteuerung anzustreben, meint Verbund.

Das österreichische Bauunternehmen Porr sieht eine Treibhausgas-Bepreisung beim Warentransport als sinnvollsten Schritt mit der größten Hebelwirkung. So werden durch regionale Beschaffung lokales Gewerbe gestärkt, Transportwege verkürzt und somit auch CO₂-Emissionen vermieden und reduziert.

Auch BMW ist der Meinung, dass das EU ETS die sinnvollste Art der CO₂-Besteue-

rung ist. Durch die europaweite einheitliche Besteuerung sieht das Unternehmen große Fortschritte bei der Beschleunigung der Elektrifizierung der Automobilindustrie. Dadurch ergeben sich für BMW, abgesehen vom Umweltschutz, zusätzliche Chancen für eigene Produkte.

7 Wienerberger, BMW

Unternehmen können auf verschiedenste Arten zum SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) beitragen, beispielsweise durch Dekarbonisierung. Doch um die Ziele des SDG 13 zu erfüllen, gibt es naturgemäß viele unterschiedliche Ansätze. Der weltweit größte Ziegelproduzent Wienerberger mit Produktionsstätten auf jedem Kontinent bekennt sich zur Dekarbonisierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette und zu einem gruppenweiten Komplettumstieg auf grünen Strom.

Der Automobilhersteller BMW produziert Autos seit 2021 CO₂-neutral an allen Standorten und strebt für Europa einen Komplettumstieg auf alternative Antriebsmöglichkeiten bei seinen Produkten bis 2030 an. Die Fabriken beziehen ihre Energie aus regionalen Energiequellen. An jedem Standort wird die aktuell umweltschonendste Energieversorgung genutzt. Außerdem setzt das Unternehmen sehr stark auf Recycling und verwendet innovative Lösungen, die zu einer 90%igen Wiederverwertbarkeit von E-Autobatterien führen.



LENZING



UNTERNEHMEN IM FOKUS DER NACHHALTIGKEIT

Österreich ist in vielen Bereichen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit Vorreiter. Das zeigt sich beispielsweise auch bei führenden österreichischen Unternehmen, die in ihren Bereichen oft eine herausragende Stellung einnehmen, was den Umgang mit der Natur oder die Setzung von ambitionierten Zielen für die Zukunft betrifft. Das oberösterreichische Unternehmen Lenzing ist dafür ein gutes Beispiel.

LENZING GESCHICHTE UND FAKTEN

Schon im Jahr 1892 nahm die erste Zellstoff- und Papierfabrik in Lenzing den Betrieb auf. Die ersten bahnbrechenden Weiterentwicklungen erfolgten in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der ersten Spezialfaser, dem Vorläufer der heutigen Lenzing Modal im Jahr 1965. Zu dieser Zeit war Umweltschutz noch ein Fremdwort. Wie alle anderen Viscosefaserwerke der Welt wurden auch in Lenzing Gewässer und Luft stark belastet. Nach und nach stieg jedoch das Bewusstsein, dass es hier zu Änderungen kommen muss. So wurde eine eigene Umweltschutzabteilung gegründet, einzigartig in der Branche.

In der Folge sorgte Lenzing mit einigen Innovationen und einer Reihe von Kooperationen mit Partnern in der Wertschöpfungskette für Aufsehen. 2012 wurde ein neuer Fasertyp präsentiert, der auch nach mehrmaligem Waschen nichts von seiner Farbkraft einbüßt und durch den Wegfall des Färbens in der Produktion erhebliche ökologische Vorteile hat. Die Entwicklung einer speziellen Lyocell-

faser im Hygienebereich war ebenfalls sehr erfolgreich. Diese Faser ermöglicht die unbedenkliche Entsorgung über die Toilette, da sich die Faser trotz großer Festigkeit in den Kläranlagen von selbst wieder auflöst.

2017 wurde die Refibra-Technologie eingeführt, die für die Kreislaufwirtschaft in der Textilindustrie einen großen Fortschritt bedeutete. Die Lyocellfasern Tencel und Refibra sind die ersten Cellulosefasern, bei deren Produktion neben Holz auch Reste aus der Produktion von Baumwolltextilien verwendet werden.

Das erste Endlosgarn Tencel Luxe, das 2017 Marktreife erlangte, kommt im Bereich der nachhaltigen Textilien aus Cellulosefasern im Luxussegment der Modebranche zum Einsatz.

Zu Beginn des Jahres 2021 kam es im Zuge der Corona-Epidemie zu Unregelmäßigkeiten bei der Hygiene Austria, an der das Unternehmen gemeinsam mit Palmers beteiligt war. Dabei wurden Schutzmasken als österreichisches Produkt deklariert, obwohl die Herstellung der Masken in China »»

erfolgt war. Beim Engagement der Raiffeisen KAG zu diesem Thema wurde uns von Lenzing kommuniziert, dass die Beteiligung an der Hygiene Austria überdacht wird. Schon im April gab das Unternehmen bekannt, sich von sämtlichen Anteilen an der Hygiene Austria zu trennen.

Lenzing betreibt aktuell sieben Produktionsstandorte in Europa, Amerika und Asien mit insgesamt fast 8.000 Mitarbeitenden. Für das Jahr 2021 werden Erlöse von 2,1 Milliarden Euro erwartet. Die Aktien des Unternehmens notieren seit 1985 an der Wiener Börse.

CO₂-BEPREISUNG EIN GRÖSSES THEMA

Der EU-Emissionshandel (European Union Emissions Trading System, EU ETS) ist ein Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die Treibhausgas-Emissionen (wie CO₂) unter möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken, indem eine begrenzte Zahl an Emissionsrechten ausgegeben und anschließend auf einem Markt gehandelt wird. Laut Aussagen des Unternehmens nützt Lenzing dieses Instrument an den Standorten in Österreich und Tschechien. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wurde auch dort ein Emissionshandel (UK-ETS) gegründet, an dem Lenzing mit seinem Standort in Grimsby (England) ebenfalls teilnimmt. »»

Für Lenzing besteht das eindeutig kommunizierte Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein. In dieser Vision ist die Bepreisung von CO₂ nur ein Element, welches jedoch die Transformation zur Klimaneutralität beschleunigt. Weitere Elemente, die für Lenzing hinsichtlich CO₂-Reduktion wichtig sind, sind unter anderem die Platzierung von Produkten mit niedrigem negativen Treibhausgaseneffekt, die Nutzung von neuen und günstigeren Technologien, die Mitarbeiterbindung und vieles mehr:

Auf unsere Frage nach den angedachten oder umgesetzten Investitionen, die den CO₂-Fußabdruck verringern, verwies das Unternehmen in erster Linie auf die aktuell in Bau befindlichen Produktionsanlagen in Thailand und Brasilien. Bei der Fabrik in Thailand wird schon von Beginn an CO₂-Neutralität angestrebt, die Anlage in Brasilien wird sogar eine positive Netto-CO₂-Bilanz aufweisen.

Wie für viele Unternehmen spielt auch die zukünftige Bepreisung von Treibhausgasen und das damit einhergehende Kos-

tenrisiko eine große Rolle. Um möglichen negativen Einflüssen entgegensteuern zu können, hat sich Lenzing deshalb diese ambitionierten CO₂-Ziele gesetzt.

TEILNAHME AN INTERNATIONALEN KLIMAINITIATIVEN

Das nachhaltige Entwicklungsziel zum Klimaschutz (SDG 13) spielt dementsprechend eine große Rolle bei Lenzing. Das Unternehmen führt zum Erreichen dieser Ziele vorwiegend die umweltschonenden Eigenschaften der Lenzingprodukte im Vergleich zu deren Wettbewerb an.

Erfreulich ist auch die Teilnahme des Unternehmens an der „Science Based Targets“-Initiative (SBTi). Diese nicht profitorientierte Organisation versorgt teilnehmende Unternehmen mit einem eindeutig definierten Pfad zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen im Einklang mit den Pariser Klimazielen, und das auf rein wissenschaftlicher Basis. Mehr als 2.000 Unternehmen aus verschiedensten Branchen haben sich dieser Initiative bisher angeschlossen.

„Der Klimawandel ist die größte Herausforderung, vor der die Menschheit derzeit steht. Mit unserer strategischen Festlegung, bis 2050 klimaneutral zu sein, übernehmen wir Verantwortung für nachkommende Generationen.“

Lenzing AG

CORPORATE VOLUNTEERING AM LICHTBLICKHOF

Nach der Covid-19-bedingten Pause im vorangegangenen Jahr hat die Raiffeisen KAG ihre Corporate-Volunteering-Aktivitäten am Lichtblickhof 2021 wieder aufgenommen.



Rund 30 engagierte (und PCR-getestete) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben im September an zwei Tagen tatkräftig bei der Übersiedelung und Einrichtung des Büros sowie eines TherapieRaums mit Übernachtungsmöglichkeit für eine Pflegeperson mitgeholfen. Darüber hinaus wurde ein grüner Sichtschutz zum neuen Gebäude angelegt. Dieser soll gewährleisten, dass die Therapie mit den Pferden weiterhin in einem geschützten Rahmen erfolgen kann.

Der Lichtblickhof begleitet Kinder und Jugendliche, die von Trauer, Trauma, Behinderung oder Krankheit betroffen sind oder in Lebenskrisen stecken, auf einem Weg zurück ins Leben. Die ursprünglich mit Pferden entwickelte und nun auch auf andere Tiere erweiterte EQUOTHERAPIE hilft Kindern und Jugendlichen in Krisenzeiten, wieder neuen Mut und neue Kraft zu schöpfen.

„Das Corporate Volunteering am e.motion Lichtblickhof ist inzwischen eine feste Größe innerhalb des gesamthaften Nachhaltigkeitsansatzes der Raiffeisen KAG“, so Dieter Aigner, Geschäftsführer und Chief Sustainable

Investment Officer. „Neben der mittelbaren finanziellen Unterstützung durch Spenden wollen wir uns auch unmittelbar und persönlich mit unserer Woman- und Manpower einbringen. Dass so viele Kolleginnen und Kollegen mitmachen, zeigt, dass Nachhaltigkeit für uns kein Lippenbekenntnis ist, sondern gelebte Unternehmenskultur.“

Die Geschäftsführung der Raiffeisen KAG hat die Gelegenheit auch dazu genutzt, die neuen Räumlichkeiten des gemeinnützigen Vereins in dem von der Gesiba errichteten Mehrparteienhaus in unmittelbarer Nachbarschaft zum Lichtblickhof zu besichtigen. Im vergangenen Jahr hat die Fondsgesellschaft erstmals auf die Weitergabe von Weihnachtsgeschenken verzichtet und anstelle dessen an der räumlichen Erweiterung der Therapieeinrichtung finanziell mitgewirkt. Ein Investment, das perfekt angelegt ist, wie sich die drei Geschäftsführer der Fondsgesellschaft, Rainer Schnabl (CEO), Dieter Aigner und Michal Kustra, bei der Führung durch Verena Bittmann, stv. Geschäftsführerin des Lichtblickhofs, selbst überzeugen konnten. „Die Familien, die wir therapeutisch begleiten, kommen teilweise aus anderen Regionen

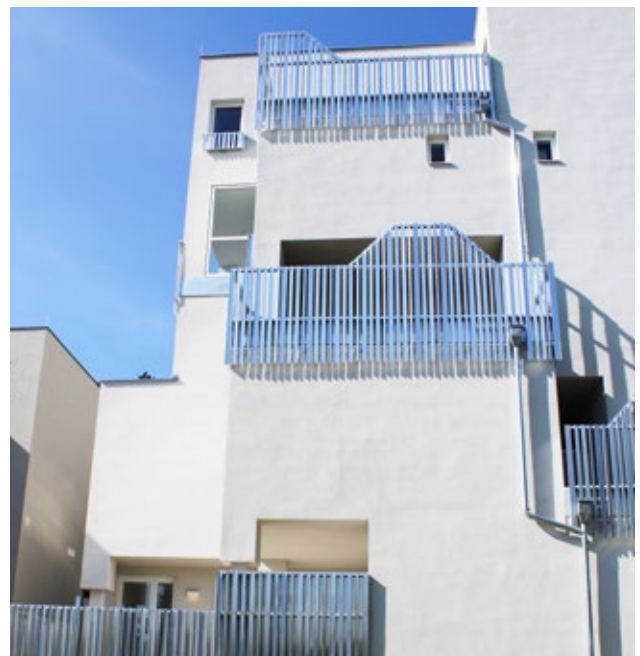
zu uns. Mit den zwei Wohnungen, die wir nun barrierefrei für Übernachtungen zur Verfügung stellen können, nehmen wir viel Stress aus der Situation und verbessern unsere therapeutischen Möglichkeiten. Auch deshalb, weil wir mit dem jeweiligen Therapiepferd über einen eigenen Zugang direkt zu den Außenbereichen der Wohnungen kommen. Für uns hat sich ein Traum erfüllt“, so Verena Bittmann.

Die Kooperation mit dem Lichtblickhof besteht schon seit einigen Jahren. Vor zwei Jahren hat die Raiffeisen KAG die Patenschaft für das Therapiepferd Miakoda übernommen und im Rahmen eines Corporate Volunteering ein Kleintiergehege errichtet. Vergangenes Jahr musste die Freiwilligenarbeit Covid-19-bedingt aussetzen, die Raiffeisen KAG hat aber die Überdachung eines Pferdeunterstandes inklusive Windschutz sowie die Errichtung eines neuen Eingangstors finanziell ermöglicht.

Mehr Infos auf
www.lichtblickhof.at und
www.investment-zukunft.at



Rund 30 engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Raiffeisen KAG haben tatkräftig mitgeholfen, das Büro des Lichtblickhofs zu übersiedeln und einzurichten.



Verena Bittmann, stv. Geschäftsführerin des Lichtblickhofs, und die drei Geschäftsführer der Raiffeisen KAG – Michal Kustra, Dieter Aigner und CEO Rainer Schnabl (v. l.) – besichtigen die neue Therapiewohnung, in der künftig die Familien der zu therapierenden Kinder und Jugendlichen untergebracht werden können.

DIE NR. 1 BEI NACHHALTIGEN PUBLIKUMS- FONDS*

NACHHALTIGE FONDS

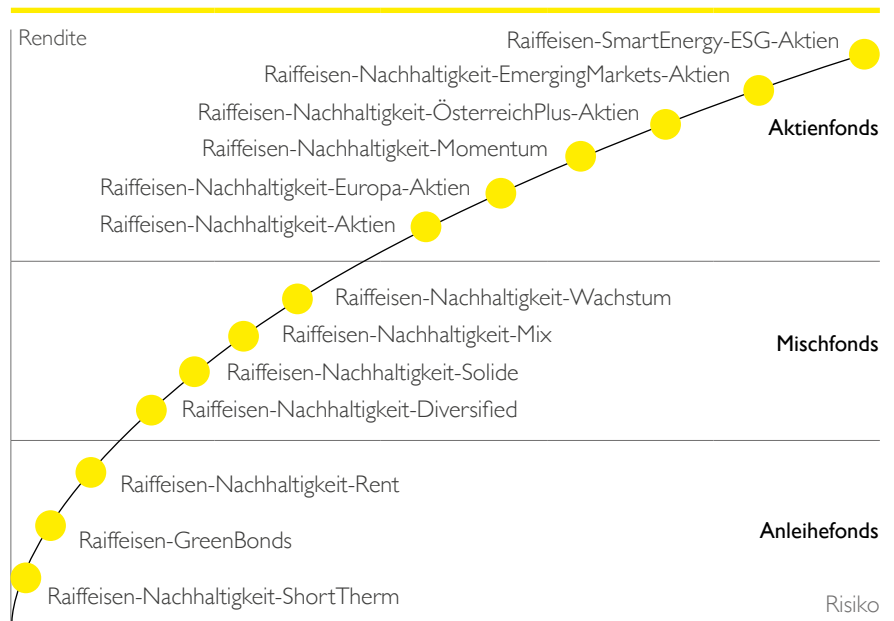
Die Raiffeisen-Nachhaltigkeitsfonds investieren nur in Titel, die nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien als verantwortungsvoll und zukunftsfähig eingestuft wurden. Gleichzeitig wird in bestimmte Branchen nicht veranlagt: zum Beispiel in Rüstung oder grüne/pflanzliche Gentechnik sowie in Unternehmen, die gegen internationale Normen wie beispielsweise Arbeits- und Menschenrechte verstoßen.



FNG-Siegel mit 3 Sternen erhalten alle in der Grafik angeführten Fonds.

* Die Raiffeisen KAG ist mit 32,6 % (4,1 Milliarden Euro) Marktführer bei nachhaltigen Publikumsfonds in Österreich. Stand 12/2019. Die Erhebung erfolgt einmal jährlich im Februar von rfu, Mag. Reinhard Friesenbichler Unternehmensberatung.

Produktpalette



Raiffeisen Capital Management bietet auch eine Vermögensverwaltung nach nachhaltigen Kriterien an.

Gilt für die Seiten 30 und 31: Im Rahmen der Anlagestrategie der Fonds Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Rent und Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Europa-Aktien kann überwiegend (bezogen auf das damit verbundene Risiko) in Derivate investiert werden. Aufgrund der aktuellen niedrigen oder negativen Kapitalmarktrenditen reichen die Zinserträge in den Fonds Raiffeisen-PAXetBONUM-Anleihen, Raiffeisen-GreenBonds, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-ShortTerm und Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Rent derzeit und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in naher Zukunft nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken. Verlässliche längerfristige Prognosen sind angesichts der Unwägbarkeiten künftiger Marktentwicklungen nicht möglich. Die Fonds Raiffeisen-PAXetBONUM-Aktien, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Wachstum, Raiffeisen-Nachhaltig-

keit-Aktien, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Europa-Aktien, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Momentum, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-ÖsterreichPlus-Aktien, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-EmergingMarkets-Aktien, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-US-Aktien und Raiffeisen-SmartEnergy-ESG-Aktien weisen eine erhöhte Volatilität auf, d. h., die Anteilswerte sind auch innerhalb kurzer Zeiträume großen Schwankungen nach oben und nach unten ausgesetzt, wobei auch Kapitalverluste nicht ausgeschlossen werden können. Die Fondsbestimmungen der Fonds Klassik Nachhaltigkeit Mix, Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Rent und Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Diversified wurden durch die FMA bewilligt. Der Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Rent kann mehr als 35 % des Fondsvermögens in Wertpapiere/Geldmarktinstrumente folgender Emittenten investieren: Frankreich, Niederlande,

RAIFFEISEN- ESG-SCORE

Der Raiffeisen-ESG-Score ist ein Bewertungsmaßstab für die Nachhaltigkeitsleistung eines Unternehmens bzw. eines Investmentfonds. Dabei werden für jedes Unternehmen die Dimensionen Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung anhand zahlreicher Kriterien bewertet und zum Raiffeisen-ESG-Score hochaggregiert. ESG steht als Abkürzung für die Begriffe Environment, Social und Governance.

Um den Raiffeisen-ESG-Score für einen Fonds zu berechnen, werden die Bewertungen der investierten Unternehmen mit dem Anteil des Unternehmens am Fondsvermögen zum jeweiligen Stichtag gewichtet.

Die Bandbreite reicht von 0 bis 100, wobei gilt: Je höher die erreichte Punktezahl ausfällt, desto höher wird die Nachhaltigkeitsleistung eingeschätzt.

Raiffeisen-ESG-Score zur Fondspalette für private Anleger und institutionelle Investoren

Raiffeisen-SmartEnergy-ESG-Aktien	77,4
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-EmergingMarkets-LocalBonds	77,3
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Europa-Aktien	76,2
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Momentum	75,5
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Diversified	75,0
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Aktien	74,1
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-ÖsterreichPlus-Aktien	73,6
BfS Nachhaltigkeitsfonds Green Bonds KAG (Advisory)	73,5
Klassik Nachhaltigkeit Mix	73,4
Raiffeisen-GreenBonds	73,4
BfS Nachhaltigkeitsfonds Ertrag (Advisory)	73,3
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Wachstum	73,2
Raiffeisen-PAXetBONUM-Anleihen	73,2
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Mix	73,0
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Rent	72,8
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Solide	72,1
Raiffeisen-PAXetBONUM-Aktien	71,8
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-US-Aktien	70,0
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-ShortTerm	69,5
Raiffeisen-Nachhaltigkeit-EmergingMarkets-Aktien	60,5

Stand per 30. November 2021

Österreich, Italien, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Spanien, Belgien, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Japan, Australien, Finnland, Deutschland. Der Raiffeisen-Nachhaltigkeit-Diversified kann mehr als 35 % des Fondsvermögens in Schuldverschreibungen folgender Emittenten investieren: Frankreich, Niederlande, Österreich, Belgien, Finnland, Deutschland, Italien, Schweden, Spanien. Der Klassik Nachhaltigkeit Mix kann mehr als 35 % des Fondsvermögens in Wertpapiere/Geldmarktinstrumente folgender Emittenten investieren: Österreich, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Finnland.

Die veröffentlichten Prospekte bzw. die Informationen für Anleger gemäß § 21 AIFMG sowie die Kundeninformationsdokumente (Wesentliche Anlegerinformationen) der Fonds der Raiffeisen Ka-

pitalanlage-Gesellschaft m.b.H. stehen unter www.rcm.at unter der Rubrik „Kurse & Dokumente“ in deutscher Sprache (bei manchen Fonds die Kundeninformationsdokumente zusätzlich auch in englischer Sprache) bzw. im Fall des Vertriebs von Anteilen im Ausland unter www.rcm-international.com unter der Rubrik „Prices & Documents“ in englischer (gegebenenfalls in deutscher) Sprache bzw. in Ihrer Landessprache zur Verfügung. Eine Zusammenfassung der Anlegerrechte steht in deutscher und englischer Sprache unter folgendem Link: <https://www.rcm.at/corporategovernance> zur Verfügung. Beachten Sie, dass die Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H. die Vorkehrungen für den Vertrieb der Fondsanteilscheine außerhalb des Fondsdomizillandes Österreich aufheben kann.



INVESTIEREN WIR GEMEINSAM IN EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

WERTE BEWAHREN. WERTE SCHAFFEN.

rcm.at/nachhaltigkeit und investment-zukunft.at

